



**Motion der Alternativen Fraktion  
betreffend Zuger Standesinitiative: Mehr Mittel für ZEB-Bahnprojekte  
vom 09. Dezember 2008**

Die Alternative Fraktion, Zug, hat am 09. Dezember 2008 folgende Motion eingereicht:

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat einen Vorschlag für eine Standesinitiative einzureichen. Mit der Standesinitiative wird verlangt, dass der Bund für den Ausbau der Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs, insbesondere auch für die vom Volk beschlossenen Projekte Zimmerberg II und Wisenberg, bedeutend mehr Mittel zur Verfügung stellt als die im Rahmen der „zukünftigen Entwicklung der Bahnprojekte“ (ZEB) beschlossenen. Diese Mittel werden erhöht, indem die zweckgebundenen Mineralölsteuern zur Hälfte für die Förderung des schienen- und strassengebundenen öffentlichen Personen- und Güterverkehrs eingesetzt werden.

Begründung:

Die schnelle Verwirklichung des Zimmerberg-Basistunnels von Thalwil nach Baar ist ein zentrales ökologisches und wirtschaftliches sowie demokratisch legitimiertes Anliegen unseres Kantons und braucht hier nicht weiter ausgeführt zu werden. Wir verweisen auch auf die Begründungen der vom Zuger Kantonsrat ohne Gegenstimmen überwiesene Standesinitiative Zimmerberg II (16.11.2006) und der breit abgestützten Interpellation Lang „Zimmerberg-Basistunnel“ im Nationalrat vom 12.6.2007 (unterschrieben von allen Zentralschweizer Parlamentariern und Vertretern aus allen Zürcher Fraktionen).

Mehrere Kantone setzen sich seit Jahren für eine zügige Umsetzung, insbesondere der vom Volk beschlossenen ZEB-Projekte, ein. Dazu gehört die Fertigstellung des Zimmerbergtunnels (Zimmerberg II). Einziger Grund für das Beiseiteschieben dieser Projekte ist die fehlende Finanzierung. Das Engagement der Kantone – darunter an vorderster Front des Kantons Zug – ist glaubwürdiger, wenn sie sich zusätzlich auch für die Finanzierung der involvierten Projekte stark machen würden. Der Zimmerberg wie der Wisenberg können nur verwirklicht werden, wenn vom Bund mehr Geld für den öffentlichen Verkehr zur Verfügung gestellt wird. Die andere Variante, nämlich wegen fehlender Finanzmittel auf andere Projekte zu verzichten, wäre nicht nur sachlich, sondern auch politisch falsch – es käme zu einem Auspielen der Regionen gegeneinander. Der Zimmerberg und der Wisenberg haben nur eine Chance, wenn die Kantone des Gotthard-Komitees und die Nordwestschweiz in den eidgenössischen Räten zusätzliche Unterstützung bekommen.

Dazu kommt, dass eine Standesinitiative für die ganze Eidgenossenschaft Sinn machen muss. Nur so hat sie im Nationalrat und Ständerat eine Chance.

Erst kürzlich hat der Präsident des SBB-Verwaltungsrates in einem vielbeachteten Interview (Zentralschweiz am Sonntag, 30.11.2008) auf die Dringlichkeit des Ausbaus der Schieneninfrastruktur, angesichts des schon erfolgten und noch zu erwartenden Wachstums der Nachfrage, hingewiesen. Dabei hat er folgendes Statement gemacht: „Auf allen wichtigen Strecken braucht es künftig vier statt zwei Geleise.“

Zwischen Thalwil und Luzern hat es nicht einmal durchgehend zwei Geleise! Auch der durchgehende Ausbau einer Doppelspur auf dieser Strecke, die mit die höchsten Wachstumsraten überhaupt aufweist, muss dringlich an die Hand genommen werden, auch dafür braucht es Finanzen.

Aus diesen Gründen machen wir Alternativen des Kantons Zug zugunsten des Zimmerbergs einen Vorschlag, der den öffentlichen Verkehr auch gesamtschweizerisch stärken wird. Mit einer hälftigen Zuteilung der zweckgebundenen Mineralölsteuern an die Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs wäre die Finanzierung gesichert, ohne dass neue Steuern erhoben werden müssen. Berechnungen zeigen, dass bei einer Einführung 2011 bis ins Jahr 2027 rund 11 bis 12 Milliarden Franken an zusätzlichen Geldern frei würden. Dies in Berücksichtigung eines jährlichen Rückganges der Treibstoffzolleinnahmen von 2 %.